

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	21
I. Problemeinführung	21
II. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	26
III. Gang der Untersuchung	28
1. Kapitel: Der Begriff "Obdachlosigkeit"	31
I. Darstellung einiger gebräuchlicher Definitionsvorschläge	31
II. Kritische Würdigung	33
III. Bedürfnis für ein einheitliches Begriffsverständnis	36
IV. Eigener Definitionsvorschlag	37
2. Kapitel: Rechtsgrundlagen zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit	39
I. Rechtsgrundlagen im Sozial(hilfe)recht	40
1. Rechtsgrundlagen im Wohngeldrecht	40
a) Überblick über das Wohngeldrecht	40
b) Geeignetheit des Wohngeldrechts zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit	41
2. Rechtsgrundlagen im Sozialhilferecht	42
a) Überblick über das Sozialhilferecht	42
aa) Hilfe zum Lebensunterhalt	43
(1) Gewährung einer persönlichen Hilfe	45
(2) Gewährung einer Geldleistung	46
(3) Gewährung einer Sachleistung	48
bb) Hilfe in besonderen Lebenslagen	52
b) Geeignetheit des Sozialhilferechts zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit	53
3. Konkurrenzen zwischen Wohngeld- und Sozialhilferecht	54
II. Rechtsgrundlagen im allgemeinen Polizei- und Ordnungs- recht	55

1. Rechtsgrundlagen für die Einweisungsverfügung	56
a) Ermächtigungsgrundlage und Rechtsnatur der Einweisung	56
b) Tatbestandsvoraussetzungen: Obdachlosigkeit als Verstoß gegen die Schutzgüter "öffentliche Ordnung" oder "öffentliche Sicherheit"?	59
aa) Obdachlosigkeit als Verstoß gegen das Schutzgut "öffentliche Ordnung"?	60
(1) Der Begriff "öffentliche Ordnung"	60
(2) Obdachlosigkeit als Schutzgutverletzung?	62
bb) Obdachlosigkeit als Verstoß gegen das Schutzgut "öffentliche Sicherheit"?	63
(1) Der Begriff "öffentliche Sicherheit"	63
(2) Obdachlosigkeit als Schutzgutverletzung?	64
(a) Obdachlosigkeit als Verstoß gegen das Schutzelement "objektive Rechtsordnung"?	66
(aa) Der Begriff "objektive Rechtsordnung"	66
(bb) Obdachlosigkeit als Schutzelementverletzung?	67
(b) Obdachlosigkeit als Verstoß gegen die Schutzelemente "private Rechte" und "individuelle Rechtsgüter"?	69
(aa) Die Begriffe "private Rechte" und "individuelle Rechtsgüter"	69
(bb) Obdachlosigkeit als Schutzelementverletzung?	72
(aaa) Verstoß gegen "private Rechte"?	72
(bbb) Verstoß gegen "individuelle Rechtsgüter"?	73
c) Gefahrenmaßstab und -zeitpunkt bei den Obdachlosenfällen	77
aa) Die Begriffe "Gefahr" und "Störung"	77
bb) Gefahrenmaßstab	78
cc) Gefahrenzeitpunkt	80
2. Rechtsgrundlagen für die Inanspruchnahme- bzw. Beschlagnahmeverfügung	81
3. Zwischenergebnis	83

III. Geeignetheit des allgemeinen Polizei- bzw. Ordnungsrechts zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit und Konkurrenz zum Sozial(hilfe)recht	85
IV. Rechtsgrundlagen für die Unterbringung obdachloser Asylbegehrender und Aussiedler	88
1. Überblick über die Rechtsgrundlagen für die Unterbringung obdachloser Asylbegehrender	88
2. Überblick über die Rechtsgrundlagen für die Unterbringung obdachloser Aussiedler	93
V. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	96
3. Kapitel: Obdachlosigkeit und das polizei- bzw. ordnungsrechtliche Opportunitätsprinzip	100
I. Das Ermessen der Polizei- bzw. Ordnungsbehörde bei der Inanspruchnahme privater Räumlichkeiten	102
1. Die Geeignetheit der Inanspruchnahme privater Räumlichkeiten zum Zwecke der Obdachlosenunterbringung	103
2. Die Erforderlichkeit der Inanspruchnahme privater Räumlichkeiten zum Zwecke der Obdachlosenunterbringung	107
a) Die Auffassungen in der Rechtsprechung	109
aa) Die Auffassung des OVG Münster und des VGH München	109
bb) Die Auffassung des VG Frankfurt	111
cc) Die Auffassung des VG Bremen	112
dd) Die Auffassung des OVG Schleswig	113
ee) Die Auffassung des VGH Mannheim	114
b) Die Auffassungen im Schrifttum	114
aa) Die Auffassung von Günther/Traumann	115
bb) Die Auffassung von Lübke	117
cc) Die Auffassung von Ewer/v. Detten	118
c) Stellungnahme	119
aa) Grundsätzliche Überlegungen	119
bb) Anforderungen an den Nachweis um alternative Unterbringungsbemühungen	122

3.	Die Verhältnismäßigkeit der Inanspruchnahme privater Räumlichkeiten zum Zwecke der Obdachlosenunterbringung im engeren Sinn	127
II.	Der Anspruch des Obdachlosen auf polizei- bzw. ordnungsbehördliches Einschreiten	134
1.	Anspruchsvoraussetzungen	135
a)	Die Pflicht zum polizei- bzw. ordnungsbehördlichen Einschreiten	135
b)	Der Anspruch des Obdachlosen auf polizei- bzw. ordnungsbehördliches Einschreiten	137
2.	Anspruchsinhalt	140
a)	Quantitative Anforderungen an den Wohnraum	142
b)	Qualitative Anforderungen an den Wohnraum	145
III.	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	146
4.	Kapitel: Obdachlosigkeit und die polizei- bzw. ordnungsrechtliche Verantwortlichkeit	150
I.	Die Bedeutung der "Verantwortlichkeit" im allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht	153
II.	Die Verantwortlichkeit des Obdachlosen	157
1.	Der Begriff der "Verursachung"	158
a)	Überblick über die Verursachungstheorien	159
aa)	Die Äquivalenz- und Adäquanztheorie	159
(1)	Die Äquivalenztheorie	159
(2)	Die Adäquanztheorie	160
bb)	Die Theorie der unmittelbaren Verursachung	162
cc)	Die Theorie der rechtswidrigen Verursachung und die Theorie der Zurechnung nach Pflichtwidrigkeit und Risikosphäre	164
(1)	Die Theorie der rechtswidrigen Verursachung	164
(2)	Die Theorie der Zurechnung nach Pflichtwidrigkeit und Risikosphäre	165
dd)	Die Theorie der Sozialadäquanz	167
b)	Stellungnahme	168

aa) Die Äquivalenz- und Adäquanztheorie	168
bb) Die Theorie der sozialen Adäquanz	172
cc) Die Theorien der unmittelbaren und rechtswidrigen Verursachung und die Theorie nach Pflichtwidrigkeit und Risikosphäre	174
2. Die "Störereigenschaft" des Obdachlosen	177
a) Überblick über den Meinungsstand	178
b) Stellungnahme	179
aa) Kritische Würdigung	179
bb) Eigener Lösungsansatz	182
III. Die Verantwortlichkeit des Wohnungseigentümers	186
1. Die "Störereigenschaft" des Wohnungseigentümers	186
2. Der Wohnungseigentümer als Nichtverantwortlicher	188
a) Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Wohnungseigentümers	190
aa) Das Vorliegen einer qualifizierten Gefahr oder Störung	190
bb) Die Unmöglichkeit anderweitiger Gefahrenabwehr	191
(1) Die Vorrangigkeit der Heranziehung des Verant- wortlichen	191
(2) Die Vorrangigkeit behördlicher Gefahrenabwehr	192
cc) Die Berücksichtigung der Opfergrenze beim Nicht- verantwortlichen	193
b) Inhalt und Umfang der Inanspruchnahme des Wohnungs- eigentümers	193
aa) Inhalt	193
bb) Umfang	195
c) Der Räumungsanspruch des Wohnungseigentümers nach Wegfall der Inanspruchnahmevoraussetzungen	196
aa) Die Anwendbarkeit des Folgenbeseitigungs- anspruchs in öffentlichrechtlichen Dreiecks- verhältnissen	200
(1) Überblick über den Meinungsstand	200

(a) Die Unanwendbarkeit des Folgenbeseitigungsanspruchs in öffentlichrechtlichen Dreiecksverhältnissen	200
(b) Die Anwendbarkeit des Folgenbeseitigungsanspruchs in öffentlichrechtlichen Dreiecksverhältnissen	202
(2) Stellungnahme	203
(a) Der Folgenbeseitigungsanspruch als Anspruchsgrundlage in öffentlichrechtlichen Dreiecksverhältnissen	204
(b) Der Folgenbeseitigungsanspruch als Ermächtigungsgrundlage für ein behördliches Einschreiten gegenüber dem Dritten	207
(3) Zwischenergebnis	212
bb) Die Tatbestandsvoraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage	213
(1) Tatbestandsvoraussetzungen	213
(a) Störung der öffentlichen Sicherheit durch Hausfriedensbruch?	215
(b) Störung der öffentlichen Sicherheit durch Verletzung privater Rechte und individueller Rechtsgüter?	219
(c) Störung der öffentlichen Sicherheit durch drohende Nichterfüllung des Folgenbeseitigungsanspruchs?	221
(aa) Die Auffassung des VGH Mannheim und des OVG Münster	221
(bb) Die Auffassung von Lübke	222
(cc) Stellungnahme	224
(d) Erforderlichkeit des Erlasses einer Räumungsauflage nach § 36 Abs. 1 VwVfG	229
(2) Das Problem der Ausübung des behördlichen Ermessens im Rahmen der Ermächtigungsgrundlage	230
(e) Zwischenergebnis	233
cc) Anspruchsinhalt und Anspruchsumfang des Folgenbeseitigungsanspruchs	234
(1) Anspruchsinhalt und Anspruchsumfang des Folgenbeseitigungsanspruchs im allgemeinen	235
(a) Anspruchsinhalt des Folgenbeseitigungsanspruchs	235

(b) Anspruchsumfang des Folgenbeseitigungsanspruchs . . .	239
(2) Anspruchsinhalt und Anspruchsumfang des Folgenbeseitigungsanspruchs bei der Räumung hoheitlich in Anspruch genommener Räumlichkeiten	240
(a) Anspruchsinhalt und Anspruchsumfang bei der Fremdeinweisung	242
(b) Anspruchsinhalt und Anspruchsumfang bei der Wiedereinweisung	242
(aa) Überblick über den Meinungsstand	242
(aaa) Anspruch auf Rückgabe einer von Räumungsschuldner nicht befreiten Wohnung	243
(bbb) Anspruch auf Rückgabe einer von Räumungsschuldner befreiten Wohnung	245
(bb) Stellungnahme	248
(aaa) Praktische Konsequenzen der Ungleichbehandlung von Fremd- und Wiedereinweisung	249
(bbb) Die Relevanz der zivilrechtlichen Besitzlage für den Folgenbeseitigungsanspruch	249
(ccc) Der Verbleib des Wiedereingewiesenen als zurechenbare Folge der Maßnahme	250
(ddd) Die Entbehrlichkeit des Erlasses einer Verfügung bei der Wiedereinweisung	253
(eee) Ergebnis	255
IV. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	255
 5. Kapitel: Die öffentlichrechtlichen Charakteristika der Rechtsbeziehungen zwischen Polizei- bzw. Ordnungsbehörde, Wohnungseigentümer und Untergebrachttem	259
I. Die Rechtsbeziehungen zwischen einweisender Polizei- bzw. Ordnungsbehörde und eingewiesenem Obdachlosen	259
II. Die Rechtsbeziehungen zwischen einweisender Polizei- bzw. Ordnungsbehörde und in Anspruch genommenem Eigentümer . . .	267
III. Die Rechtsbeziehungen zwischen in Anspruch genommenem Eigentümer und eingewiesenem Obdachlosen	269
IV. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	271

6. Kapitel: Die Auswirkungen der öffentlichrechtlichen Inanspruchnahme auf die Vollstreckbarkeit eines zivilrechtlichen Räumungsurteils	273
I. Die Auffassung von der Unzulässigkeit der Vollstreckung des Räumungsurteils nach Beendigung der Inanspruchnahme	276
II. Die Auffassung von der Zulässigkeit der Vollstreckung des Räumungsurteils nach Beendigung der Inanspruchnahme	278
III. Stellungnahme	282
1. Darstellung der möglichen Sachverhaltsvarianten	285
a) Wiedereinweisung nach Durchführung der Räumungsvollstreckung	285
b) Wiedereinweisung vor Durchführung der Räumungsvollstreckung	286
c) Wiedereinweisung während der Durchführung der Räumungsvollstreckung	286
d) Sonderfall: Durchführung der Räumungsvollstreckung nach verfügbarer Wiedereinweisung	287
2. Eigener Lösungsansatz	288
a) Die Vollstreckbarkeit des Titels bei der Wiedereinweisung nach Durchführung der Räumungsvollstreckung	288
b) Die Vollstreckbarkeit des Titels bei der Wiedereinweisung vor Durchführung der Räumungsvollstreckung	289
aa) Relevanz der zivilrechtlichen Besitzlage für die Vollstreckbarkeit des Räumungsurteils	289
bb) Relevanz des öffentlichrechtlichen Charakters der Maßnahme für die Vollstreckbarkeit des Räumungsurteils	293
cc) Erforderlichkeit der Herbeiführung einer neuerlichen richterlichen Entscheidung	295
dd) Ergebnis	297
c) Die Vollstreckbarkeit des Titels bei der Wiedereinweisung während der Durchführung der Räumungsvollstreckung	298
d) Sonderfall: Die Vollstreckbarkeit des Titels bei der Durchführung der Räumungsvollstreckung nach Erlass der Wiedereinweisungsverfügung	303
IV. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	304

7. Kapitel: Obdachlosigkeit und die polizei- bzw. ordnungsrechtliche Kostentragung	305
I. Nutzungs- und Schadensersatzansprüche des in Anspruch genommenen Wohnungseigentümers	308
1. Ansprüche auf Nutzungsersatz	308
a) Anspruchsgrundlagen	309
aa) Nutzungsersatz bei rechtmäßiger Inanspruchnahme des Wohnungseigentümers	309
bb) Nutzungsersatz bei rechtswidriger Inanspruchnahme des Wohnungseigentümers	310
b) Art, Inhalt und Umfang des Schadensausgleichs	313
aa) Die Höhe des Nutzungsausfalls bei der Fremdeinweisung	317
bb) Die Höhe des Nutzungsausfalls bei der Wiedereinweisung	318
cc) Die Höhe des Nutzungsausfalls bei der Teilinanspruchnahme	319
dd) Der zeitliche Umfang der Gewährung von Nutzungsausfall	320
2. Ansprüche auf Ersatz sonstiger Schäden	321
a) Anspruchsgrundlagen	322
aa) Anwendbarkeit einer öffentlichrechtlichen positiven Forderungsverletzung	323
(1) Die Auffassung von Schoenenbroicher	323
(2) Stellungnahme	324
(a) Vorliegen eines verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnisses	325
(b) Objektiver Pflichtenverstoß der Behörde	326
(c) Schuldhaftes Handeln der Behörde	327
(d) Ergebnis	328
bb) Anwendbarkeit einer privat- oder öffentlichrechtlichen Geschäftsführung ohne Auftrag	328
(1) Die Auffassung vom AG Niebüll und von Schoenenbroicher	329

(2) Stellungnahme	331
b) Art, Inhalt und Umfang des Schadensausgleichs	337
aa) Ersatz der Räumungskosten	339
(1) Die Auffassung des OLG Köln	340
(2) Die Auffassung des BGH	341
(3) Stellungnahme	341
bb) Ersatz der sog. "Exzeßschäden"	343
(1) Die Auffassung der herrschenden Meinung	343
(2) Stellungnahme	344
cc) Ersatz der allgemeinen Renovierungskosten	346
3. Sonstige ausgewählte Aspekte zu den Nutzungs- und Schadens-	
ersatz anspruchen	346
a) Anspruchsausfluß bzw. -beschränkung	347
aa) Die Auffassung des BGH	347
bb) Stellungnahme	349
b) Verjährung	351
c) Passivlegitimation	352
d) Rechtsweg	354
II. Regreßansprüche der Polizei- bzw. Ordnungsbehörde gegen den	
eingewiesenen Obdachlosen	354
1. Tatbestandsvoraussetzungen	355
a) Die Verantwortlichkeit des Regreßpflichtigen	355
b) Weitere Tatbestandsvoraussetzungen	360
2. Inhalt und Umfang	363
3. Verjährung	365
III. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	365
Literaturverzeichnis	371